

DIE ZEIT

15 Jahre deutsche Einheit

Von Frust und Solidarzuschlag, Reisefreiheit und Rotkäppchensekt - Ost und West ziehen eine durchwachsene Bilanz

Von Karin Geil

Seit 15 Jahren ist eine der am strengsten bewachten Grenzen der Welt nicht mehr da. Mit ihr verschwanden 800 Kilometer Grenzzaun, 400 Beobachtungstürme, 200 Kilometer Minenfelder und 40.000 Grenzsoldaten. Seit 15 Jahren wird Deutschland nicht mehr geteilt, seit 15 Jahren ist Deutschland wieder ein geeinigtes Land.

Die Bilanz der Deutschen Einheit fällt aber auch in diesem Jahr durchwachsen aus. Wenn am 3. Oktober in Potsdam an die Wiedervereinigung erinnert wird, beim zentralen Einheitsfest mit Bundespräsident Horst Köhler und einer Parade von mehr als 800 Musikern, werden sich unter die freudigen auch nachdenkliche und kritische Töne mischen: Der Osten gilt als Dauer-Sorgenkind. "Für viele Westdeutsche ist der Osten nur noch ein Klotz am Bein", resümiert der ostdeutsche SPD-Bundestagsabgeordnete Markus Meckel.

Hohe Arbeitslosigkeit, die Einkommenskluft zwischen Ost und West sowie eine schwächelnde Wirtschaft bezeichnen nur einige Probleme, die Jahr für Jahr neue Missstimmung aufkommen lassen. Viele Ostdeutsche fühlen sich mit ihren massiven Sorgen und Nöten von der Politik nicht ernst genommen. Mehrfach wurde auch während des Wahlkampfes von ostdeutscher Seite moniert, keine Partei habe eine Strategie für die neuen Länder. Allzu sehr verließen sich die großen Parteien auf ihre angestammten Rezepte für mehr Wachstum und Arbeitsplätze, die auch - aber eben nicht ausschließlich - den neuen Ländern zu gute kommen würden. Im Grunde spielte der Osten im Wahlkampf nur an einer Stelle eine herausragende Rolle: bei den Äußerungen des bayrischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber über die "frustrierten" Ostdeutschen. Abseits solcher Schmähungen, die Bundeskanzler Gerhard Schröder als "ziemlich dummes Zeug" abtat, herrscht vor allem Ratlosigkeit.

Abgesehen von Milliardentransfers hat die Politik bisher keine rechte Antwort auf die Frage gefunden, wie man die Regionen zwischen Sassnitz über Mödlareuth bis Saalfeld zu deutlich mehr Aufschwung und Wachstum, Mut und Hoffnung führen sollen. Dem Beauftragten der Bundesregierung für den Aufbau Ost, Manfred Stolpe (SPD), bleibt nichts weiter zu tun als zu mahnen und die Gelder möglichst gezielt einzusetzen. Investitionsförderung, Innovationsförderung, der Infrastrukturausbau und die aktive Arbeitsmarktpolitik müssen Stolpes Ansicht nach der Schwerpunkt sein. "Die Solidarpaktmittel dürfen nicht für laufende Ausgaben eingesetzt werden", sagte der Ostdeutsche, als Ende September der aktuelle Jahresbericht zum Stand der deutschen Einheit vorgestellt wurde.

Doch trotz der mancherorts mehr als tristen Lage sieht Stolpe auch Zeichen des Aufbruchs. Zwar sei die Erwerbslosenquote in den neuen Ländern Ende August mit 18,2 Prozent mehr als doppelt hoch gewesen, wie in den alten Ländern mit 9,6 Prozent. Aber besonders bei den Lebensverhältnissen befänden sich Ost und West auf dem Weg "zu einer breiten und

umfassenden Angleichung". Stolpe zufolge hat sich das verfügbare Einkommen pro Einwohner in den neuen Ländern 2003 mit jährlich 14.300 Euro im Vergleich zu 1991 verdoppelt. Die ostdeutsche Industrie wachse mit 8,8 Prozent doppelt so stark wie die im Westen, bei den Verkehrs- und Gesundheitsleistungen seien erhebliche Fortschritte gemacht worden und nach Angaben des Statistischen Bundesamtes kehren immer weniger Menschen dem Osten den Rücken.

Marianne Birthler, Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, zieht ebenfalls eine positive Bilanz. "Vieles, was die Ostdeutschen vor der Einheit nicht hatten, ist mittlerweile selbstverständlich geworden", sagt sie. Die frühere DDR-Bürgerrechtlerin verweist auf Presse- und Reisefreiheit, auf Teilhabe an der Demokratie und die Chance, sein Leben selbst in die Hand zu nehmen. "Das empfinde ich als einen Gewinn. Ohne die Einheit hätten wir viel mehr Probleme." Auch an anderer Stelle ist der Aufschwung Ost offensichtlich: Heruntergekommene Städte wurden herausgeputzt, die Verkehrs- und Telekommunikationsstruktur in den neuen Ländern gehört weltweit zu den modernsten, über eine halbe Million Unternehmen wurden neu gegründet - Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) sieht viele Gründe dafür, "stolz auf das Erreichte zu sein", stolz auf "eine gemeinsame Leistung der Deutschen".

Doch wieviel Gemeinsames ist zwischen Ost und West schon zu spüren? Stimmt es, wenn der letzte DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière die innere Einheit heute schon sehr viel weiter sieht als es in der öffentlichen Wahrnehmung der Fall ist? Wieviel Wahrheit oder (Zweck-) Optimismus in der Aussage des CDU-Politikers steckt, zeigen aktuelle Umfragen der Demoskopien. Nach einer Befragung der Forschungsgruppe Wahlen stellte sich Ende August heraus, dass nur 37 Prozent der befragten Westdeutschen die Namen der fünf neuen Bundesländern kennen. Dieses Ergebnis ist ganz bestimmt ein Armutszeugnis für die Betroffenen, aber deshalb schon bedrohlich für die gesamtdeutsche Gefühlslage? Eine weitere Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen zeugt da nämlich von ganz anderen Realitäten. So bewerten 84 Prozent der befragten Bundesbürger - 82 Prozent im Westen und 91 Prozent im Osten - die Wiedervereinigung als richtig und positiv.

Die Menschen in Ost und West haben sich in den letzten 15 Jahren immer besser kennen gelernt, immer mehr Missverständnisse wurden Stück für Stück aus dem Weg geräumt. Dazu trugen nicht zuletzt auch die Kultur sowie der Kult vieler DDR-Symbole bei. So unterschiedliche Charaktere wie beispielsweise Christa Wolf ("Geteilter Himmel") oder Leander Haußmann ("Sonnenallee", "NVA") sorgen mit ihrem Engagement für ein besseres Sich-Verstehen auf beiden Seiten. Und was wäre das Gedenken an 15 Jahre deutsche Einheit, was wäre die gesamtdeutsche Identität heute ohne Rotkäppchensekt, Ampelmännchen und die Spreewaldgurken?

Ostkult und Nostalgie sollen die wirtschaftlichen Probleme der fünf neuen Bundesländer und die persönlichen Sorgen der Ostdeutschen allerdings nicht unter den Tisch kehren. Die neue Bundesregierung muss sich jenseits von Solidarpakt II und neuen Förderstrategien noch etwas mehr einfallen lassen, um den neuen Ländern eine echte Perspektive zu geben. Die vielzitierte "Mauer in den Köpfen" der Deutschen scheint zu schrumpfen. Fallen muss sie noch.

(c) ZEIT online, 02.10.2005, Nr.40

40/2005